









Der englisch-französische Gegensatz.

So oft der große Riß, der England und Frankreich, die führenden Mächte der Entente, von einander trennt, auch zusammengeklüfft worden ist, jede neue Wendung in der Entwicklung des Reparationsproblems genügt, um ihn aufs neue scharf hervortreten zu lassen.

Der englisch-französische Gegensatz geht so tief, daß eine Einigung von einer Entwicklungsstufe des Reparationsproblems bis zur anderen immer schwieriger wird.

Aber der Riß geht bereits viel weiter. Man hat in Frankreich durch den Regierungspoincaré nahebedehnten „Temp“ die Frage aufzuwerfen lassen, was zu geschehen habe, wenn es in der Reparationskommission zu keiner Einigung käme.

England faßt eine solche Entwicklung der Dinge aber nicht zulassen, ohne zu einer Fortsetzung der ganzen Weltwirtschaft die Hand zu bieten.

Zusammentritt des Völkerbundsrates.

Heute Montag wird der Völkerbundsrat in London zusammentreten. An den Beratungen, die zum großen Teil nichtöffentlich sind, werden u. a. teilnehmen Balfour, Viviani, Imperiali, Hiji und Luymans.

Eine Denkschrift John Bradburys.

Sir John Bradbury, der britische Vertreter in der Reparationskommission, ist am Freitag von Paris nach London zurückgekehrt und unterbreitete dem Finanzkomitee des britischen Kabinetts ein Memorandum über die Reparationen, sowie die deutschen Wille und Finanzen.

Das Verhandlungsprogramm.

Der „Temp“ glaubt auf Grund von Mitteilungen seines Londoner Korrespondenten folgendes Programm für die Verhandlungen über die letzte deutsche Note an die Reparationskommission mitteilen zu können:

1. Etappe: Die Reparationskommission wird nach dem Studium des Berichtes des Garantieauschusses mit Stimmmehrheit Deutschland das verlangte Moratorium gewähren; 2. Etappe: Nach dieser Entscheidung wird gegen Ende Juli die britische und die französische Kontingent in London beraten und England wird seinen Alliierten einen teilweisen oder ganzen Erlaß der bei ihm während des Krieges kontrahierten Schulden vorschlagen;

Die Frage der Regierungsumbildung.

Die Besprechungen.

Der Reichspräsident hat im Laufe des Sonnabends die Führer der Reichstagsparteien, des Zentrums, der Demokraten und der Unabhängigen empfangen.

Seitern mittags hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Alle Mutmaßungen über gewisse Persönlichkeiten, die in das Kabinett eintreten sollen, sind nach dem Stand der Dinge durchaus verfrüht.

Eine zweite Reichstagsarbeitsgemeinschaft.

Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen hat naturgemäß auf Seite der bürgerlichen Parteien eine Gegenwirkung hervorgerufen.

plan gekündet sein, während Deutschland es nicht sei. Wenn Lord George den gesamten Erlaß der englischen Forderungen vorschlägt, werde er auch verlangen, daß alle deutschen Länder einem internationalen Tribunal zum Gerichtsverfahren ausgesetzt würden.

Zum überflüssigen Ausbau der Reichseisenbahnen.

Nach Zeitungsnachrichten sollte in den Kreisen der alliierten Regierungen die Ansicht herrschen, daß der gegenwärtige Fehlbetrag der Reichsbahn um mindestens neun Milliarden Mark verringert werden könnte, wenn ein Teil des geplanten Ausbaues des Eisenbahnnetzes, der als überflüssig bezeichnet werden könne, unter dem Zwange der wirtschaftlichen Lage vom Programm gestrichen würde.

Amerikanischer Standpunkt zum internationalen Gerichtshof.

In einem Briefe des Staatssekretärs Hughes an den Präsidenten der demokratischen Vereinigung in New York heißt es: Er, der Staatssekretär, sehe keine Aussicht dafür, daß ein Vertrag oder eine Abmachung abgeschlossen werden könnte, durch den die Regierung der Vereinigten Staaten sich an der Aufrechterhaltung eines künftigen internationalen Gerichtshofes im Haag beteiligen könnte.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 15. Juli.

In allen drei Besungen angenommen werden das Gesetz über die Erleichterung für die beschädigten Reichsbanknoten, das Gesetz über die Metallreserven der Privatnotenbanken und der Antrag der Koalitionsparteien, wonach die Justizminister in der Wollfabrik und Remenslege vom Reichsministerium des Innern auf das Reichsministerium übergeht.

die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.

zu verhindern, will man das politische Gleichgewicht durch eine Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei wiederherstellen, ohne daß diese ohne weiteres als Kampfstellung gegenüber der Sozialdemokratie aufzufassen zu werden brauche.

Wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, war die Anregung des Zentrums, nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten zu bilden, am Sonntag Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Zentrumsführer Marx und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Stresemann und den beiden demokratischen Führern Petersen und Koch.

Über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Reichstagsparteien und der Unabhängigen verläuft in parlamentarischen Kreisen, daß die Arbeitsgemeinschaft zunächst einen vollkommenen Zusammenschluß der beiden Fraktionen anstrebt, sondern nur eine Verhandlung über ein gemeinsames Vorgehen im Einzelfalle. Beide Fraktionen werden sich in den Debatten des Reichstages durch ihre Redner vertreten lassen.

Das Reichskabinett

hielt Sonntag nachmittags, wie der „Berliner Volksanzeiger“ meldet, eine Sitzung ab, in der Reichsminister Dr. Dermes und Staatssekretär Schröder über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee, das inzwischen Berlin verlassen hat, referierten.

Der Ausschuss hat die Vorlage geändert, unter anderem durch einen neuen Absatz, der es den Beamten unterläßt, in der Öffentlichkeit gehässig oder aufreizend die Behauptungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind.

Der Ausschuss fordert ferner in zwei Entschärfungen, die Personalrekrutierung in allen Zweigen der Reichsverwaltung nur solchen Beamten zu übertragen, die sachkundig und zuverlässige Republikaner sind, und im Dienst bei den Behörden keinerlei parteipolitische Propaganda zu treiben.

Abg. Schalte-Werlin (Dnat.): Die Vorlage sei zu weitgehend und verstoße gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten. Ohne die Pflichten der höheren Beamten wäre am 9. November die Aufrechterhaltung des Reichs nicht möglich gewesen.

Abg. Dr. Goette (Zentr.): Die politische Reingehalt der Beamten werde durch die Ausschussfassung nicht ungedrückt, aber der Beamte müsse in der Propaganda seiner der geltenden Staatsform gegenüber die Auffassung sich größerer Zurückhaltung aufweisen, als jeder andere Staatsbürger.

Abg. Dr. Scholz (D. V.): Das ganze Gesetz ist überflüssig, das bestehende Beamtengesetz der Regierung alle Möglichkeiten, die notwendige Disziplin in der Beamtenschaft aufrecht zu erhalten, Deutschland soll die freie Republik der Welt sein.

Reichsminister des Innern Dr. Ritter: Das Gesetz reicht nicht entfernt an die Maßnahmen der alten Regierung heran, aber die republikanischen Beamten dürfen im Dienst nicht gegen die Republik arbeiten.

Abg. Dr. Pesi (Unabh.): Das Gesetz lege nur ausdrückliche Pflichten fest, die jeder Beamte auf Grund seiner Beamteneinstellung dem Staat gegenüber zu erfüllen hat.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Das Gesetz richtet sich nicht gegen die Beamten, die in der Mehrheit Republikaner sind. Das Wesen der Demokratie besteht in erster Linie nicht in der Freiheit, sondern in der Pflichtenfüllung.

Abg. Dr. Deermann (B. Vp.) protestiert dagegen, daß die Beamteneinrichtungen zu der Vorlage nicht gehört worden seien. Nur der sozialdemokratische allgemeine deutsche Beamtenebund wäre mit dem Gesetz einverstanden, welches die wohlverordneten Rechte der Beamten und der Verfassung verletzt.

Abg. Steinkopf (Soz.) widerspricht dem. Nach heute würde der republikanische Beamte von monarchistisch gesinnten Vorgesetzten in der schlimmsten Weise verfolgt.

Abg. Eichhorn (Komm.): Der Gesetzentwurf gehe nicht weit genug. Die reaktionären Beamten müßten durch wirklich zuverlässige Republikaner ersetzt werden.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Nach den Ausschussbeschlüssen wird der 10prozente Steuerfuß auf ein Jahreseinkommen bis

